



Facebook

## „Kein Holzhammer“

Kritiker der Datenweitergabe erwartet kaum Wirkung.

Den Jubel über den Schlussantrag des Generalanwalts am Europäischen Gerichtshof (EuGH) im Fall von Facebook hält ausgerechnet der Kläger Maximilian Schrems für möglicherweise verfrüht. Der Österreicher, der gegen die Weitergabe seiner Facebook-Daten in die USA klagt, hält die Folgen für überschaubar – selbst wenn der EuGH dem Antrag des Generalanwalts folgt. Dieser hatte Mitte der Woche das „Safe Harbor“-Abkommen für ungültig erklärt. Dieses erlaubt es Unternehmen, personenbezogene Daten an die USA zu übermitteln. Dagegen hatte Schrems – vor dem Hintergrund der Enthüllungen Edward Snowdens – geklagt, weil die Daten

dort nicht vor dem Zugriff der Geheimdienste sicher seien. Schrems will erreichen, dass seine Daten nicht in den USA gelagert werden. Sollte das Abkommen aufgelöst werden, bleiben dem Unternehmen dennoch viele andere Wege, Daten in die USA zu bringen. „Der Holzhammer wird nicht auf Facebook runterkommen. Die werden Auswege finden“, sagt Schrems. Auswirkungen hätte ein Urteil allerdings für europäische Firmen. „Die werden sich fragen müssen, ob sie Kundendaten bei amerikanischen Cloud-Diensten wie Microsoft oder Google lagern dürfen.“ Dies könnte zu einem Boom europäischer Cloud-Anbieter führen. mum

FOTOS: MARTIN BEEKMAN / ANP PHOTO / ACTION PRESS (UL); JORG MÜLLER / AGENTUR FOCUS (O)

### Europa

## Bankenunion erst in acht Jahren

Jeroen Dijsselbloem hält nichts von der schnellen Einführung der Bankenunion in Europa, wie sie die EU-Kommission anstrebt. „Wir müssen erst die Risiken der Vergangenheit in den Bankbilanzen abbauen“, sagt der niederländische Finanzminister und Euro-Gruppenchef. Seiner Einschätzung nach wird es bis zu einer Vergemeinschaftung der Risiken,

etwa zur Sicherung der Spareinlagen, „mindestens acht Jahre“ dauern. Die EU-Kommission müsse zunächst konkrete Vorschläge vorlegen, wie die Banken sicherer gemacht werden könnten. Dijsselbloem geht es beispielsweise um die hohen Risiken, die entstanden sind, weil Kreditinstitute große Summen in Staatsanleihen investiert haben. Das führte etwa im Fall der griechischen Banken dazu, dass diese weiterhin mit europäischen Hilfgeldern gestützt werden müssen. pau



Dijsselbloem